

... 70 Pf. ...

Gebrüder 1927.



Die Hochzeit ...

Verlagsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 82 Druck und Verlag in Altensteig. Freitag, den 9. April Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Die französische Note.

Millerand schiebt der Reichsregierung die Schuld zu: der Kriegsfall sei gegeben.

Paris, 8. April. (Havas.) Ministerpräsident Millerand überreichte dem deutschen Geschäftsträger ...

Am 26. März erklärte der französische Ministerpräsident in der Deputiertenkammer, es sei zu hoffen, daß die für den Beginn der dringendsten Wiedergutmachungen notwendigen Beschüsse nicht lange auf sich warten ließen.

Die französische Regierung setzte unverzüglich ihre Verbündeten von dieser Nachricht in Kenntnis. Zudem die französische Regierung ihren Verbündeten anzeigte, daß die deutsche Regierung durch ihr Vorgehen den Artikel 44 des Friedensvertrags verletzt, dessen Verletzung einen casus belli (Kriegsgrund) bedeutet.

Es war übrigens nicht das erste Mal, daß die französische Regierung ihren Verbündeten diese Notwendigkeit darlegte. Am 25. 3. hatte Frankreich auf der Londoner Konferenz den Vorschlag gemacht, Frankfurt und Darmstadt zu besetzen.

Die deutsche Regierung wandte sich an die französische Regierung, um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich zur Verletzung des Vertrags herzugeben, da alle ihre Verhandlungen mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einmütig die militärische Besetzung des Ruhrgebiets als unendlich und gefährlich betrachteten.

murden, darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Frankreich sah sich somit einer Maßnahme gegenüber die nach übereinstimmender Ansicht der Verbündeten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen dürfte, die ferner keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war und für die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Verpflichtung eingegangen war, sie nicht ohne Ermächtigung auszuführen.

Es ist übrigens nicht notwendig, in Erinnerung zu rufen, daß sie entschlossen ist, die besetzten Städte von ihren Truppen zu befreien, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Die Haltung der französischen Regierung ist durch das Vorgehen der deutschen Regierung gerechtfertigt. Die französische Regierung wird übrigens ihre Anordnungen in Bezug auf Deutschland, mit dem sie auf Grund wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Handelsbeziehungen eintreten will, von denen die Lage Europas nur gewinnen kann, nicht ändern.

Als die französische Regierung am 4. April ihren Vertretern im Ausland ihre Beschüsse mitteilte, bat sie sie, wissen zu lassen, daß sie keinem feindlichen Gedanken Deutschland gegenüber gehe. Deutschland wüßte bald wieder die normalen Beziehungen zu Deutschland auf der Grundlage wirtschaftlichen Übereinkommens zu haben. Sie fügte bei, daß jede Anregung, die in diesem Sinne unternommen würde, bei ihr den günstigsten Empfang finden würde, und machte die Mitteilung, daß unter gewissen Umständen die Einleitung dazu von Frankreich ausgehen könnte.

Von zuständiger Seite wird zu der Note Millerands mitgeteilt: Aus dieser Note geht hervor daß die französische Regierung ohne Zustimmung ihrer Verbündeten vorgegangen ist, ja daß die Vorkonferenz auf eine Anfrage Frankreichs am 25. März erklärt hat, die Besetzung Frankfurts und Darmstadts erscheine zur Zeit inopportun. Die Erklärung des Unterstaatssekretärs wird mit keinem Wort erwähnt, daß er sofort als rein private Äußerung charakterisierte Bemerkung des Ministerialdirektors Göppert, er glaube nicht, daß Deutschland ohne Frankreichs Einwilligung in das Ruhrgebiet einmarschieren werde, fälschlicherweise in ein Versprechen Deutschlands an Frankreich umgewandelt. Schließlich wird vollkommen verschwiegen, daß wir bereits am 4. April in Paris mitteilen ließen, mit welcher relativ geringer Truppenzahl die Ruhraktion durchgeführt werde und daß sie in sieben Tagen erledigt sein solle. Diese Tatsachen hätten in die Disposition der französischen Note nicht hineingepaßt, die als Hauptargument für das militärische Vorgehen Frankreichs anführt, daß die Besetzung der deutschen Städte für die Sicherheit Frankreichs unbedingt nötig gewesen sei. Auf die übrigen entstellenden Auslassungen der französischen Note wird von maßgebender Seite noch näher einzugehen sein.

Der Zwischenfall in Frankfurt.

Ueber die Vorgänge von gestern nachmittag berichten die „Frankf. Nachrichten“:

Eine dichte Menschenmenge belagerte den von Marokkanern besetzten Schillerplatz. Aus bisher nicht aufklärter Ursache gaben die schwarzen Truppen Feuer auf die Menge ab. Mehrere Personen stürzten tot zusammen, während eine Anzahl verletzt wurde. Nach wenigen Minuten umringte wiederum eine unüberdringliche Menschenmenge den Platz und erging sich in Verwünschungen. Inzwischen erschien der Polizeipräsident und ließ sich von den Offizieren die Einzelheiten erläutern. Als der Polizeipräsident mit einem französischen Offizier sein Auto besteigen wollte, drängte die Menge an den Wagen heran, dem noch Steine und dergleichen nachgeworfen wurden. Inzwischen hatte man in den verschiedenen Kasernen die französischen Truppen alarmiert, die in dichten Zügen anrückten und die Hauptwache besetzten. Panzer-Autos fuhren auf. Maschinengewehre wurden an den Straßenecken aufgestellt, doch un-

bekümmert um die Todesgefahr durchwogte die Menge die Straße von der Hauptwache bis vor den Frankfurter Hof. Auch vor dem Hauptbahnhof spielten sich erregte Auftritte zwischen dem Publikum und den Truppen ab, doch konnte hier ein Blutergießen verhindert werden. Einige Zivilisten wurden verhaftet. Von 2 Uhr mittags an versahen zahlreiche Hilfspolizisten mit umgehängten Gewehren im Verein mit den Franzosen den Sicherheitsdienst. An den Hauptverkehrspunkten wurden verstärkte Wachen aufgestellt.

In Frankfurt war mittags das Gerücht verbreitet, Wilson habe an Frankreich die Aufforderung gerichtet, die besetzten Städte sofort wieder zu räumen. So entstand die Meinung, daß die Franzosen alsbald wieder abziehen werden, was die Erregung in der Bevölkerung noch steigerte und zu Gefäßausbrüchen führte, aus denen sich der bedauerliche Zwischenfall ergab.

Den französischen Truppen werden von der Kommando-Behörde Tagessolde von 30 bis 35 Mark ausbezahlt. Die französische Zivilbehörde forderte von dem Magistrat in Frankfurt für 230 Offiziere bzw. Offiziersfamilien Väterquartiere, was darauf schließen läßt, daß sich der Franzosenbesuch auf längeres Verweilen in Frankfurt einrichtet.

Der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident fordern in Maueranschlägen die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Der Magistrat und die Stadterordneten haben beim Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen, General Degoutte in Mainz Bewahrung eingelegt gegen die dem Friedenszustand widersprechende Besetzung der Stadt Frankfurt.

Den Zeitungen ist das Erscheinen für heute früh wieder gestattet unter der Voraussetzung, daß sie die gestrigen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten auf der Titelseite bringen. Die Redakteure sind jedoch für jeden „Separatfall“ und für jede falsche Nachricht verantwortlich. Für Zuwiderhandlungen sind hohe Geldstrafen evtl. Inhaftnahme der betreffenden Redakteure vorgesehen. Der Verein Frankfurter Presse bezeichnet in einer Erklärung den gegenwärtigen Zustand Frankfurts als einen Bruch des Friedensvertrags und lehnt es unter diesen Umständen ab, am Erscheinen der Zeitungen redaktionell mitzuwirken.

General Demeij erklärte dem Vertreter eines Schweizer Blatts: „Deutschland hat trotz aller Mahnungen mit dem Einmarsch der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet den Friedensvertrag in der schwersten Weise verletzt. Aber die Einwohner von Frankfurt brauchen keine Beschränkungen zu beugen, vorausgesetzt, daß sie sich ruhig verhalten und den Befehlen nachkommen, die ich anschlagen ließ. Die Einwohnerwehr werde ich auf keinen Fall hier dulden. Hier besteht nur einer.“

Verhandlungen mit dem Verband.

Berlin, 8. April. Nach dem „Berl. Tageblatt“ ist die Reichsregierung mit dem Verband in Verhandlungen eingetreten, um eine Verlängerung des Augustabkommens über die Truppenhaltung in der neutralen Zone bis zum 10. Juli zu erreichen. Dieser Schritt wird mit der Notwendigkeit, noch mehrere Monate eine starke Polizeitruppe dort zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu belassen, begründet. Das ursprüngliche Abkommen, eine von Koch unterzeichnete Note vom 6. August, die auf deutsche Vorstellungen erfolgte, hat bis 10. April 1920 eine Militärmacht in der Stärke von 20 Bataillonen, 2 Batterien und 10 Eskadronen für die neutrale Zone zugebilligt.

Paris, 8. April. In der gestrigen Sitzung der Vorkonferenz verlas der Vorsitzende eine Note der französischen Regierung, in der sie von der Besetzung deutscher Städte Mitteilung macht. (Frankreich hat also die Besetzung auf eigene Faust unternommen.)

Rom, 8. April. Ministerpräsident Ritti erklärte dem deutschen Vertreter, Italien betrachte den Aufstand im Ruhrgebiet als eine innere deutsche Angelegenheit und es wünsche eine baldige Erledigung ohne Verwicklungen, die für ganz Europa schädlich sein würden.

Brüssel, 8. April. Wie die Zeitungen melden, beabsichtigt Belgien keine militärische Einmischung in Deutschland; die Truppenbestände im besetzten Gebiet sind aber verstärkt worden.

Berlin, 8. April. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Kopenhagen gemeldet wird, hat Wilson an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahr aufmerksam macht, die das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs für den Verband und für Europa bedeu-



# Neues vom Tage.

**Frankfurt, 8. April.** Der französische Stadtkommandant teilte dem Polizeipräsidenten Ehler mit, daß er äußerst unzufrieden mit der polizeilichen Dienstausübung in Frankfurt sei. Ein französischer Jäger sei vom Fahrrad geworfen und der Waffe und des Rads beraubt worden. Er befehle strengste Untersuchung und bis morgen mittag 12 Uhr sei das Ergebnis mitzuteilen. — Am Bahnhof wurde heute früh ein junges Mädchen von der Franzosen erschossen, eine Frau verwundet. Alle uniformierten Deutschen, Polizei, Feuerwehr, Postpersonal usw. haben die französischen Fahnen und Offiziere zu greifen.

Heute nacht ist eine weitere französische Division in Frankfurt eingetroffen.

**Kenner geht nicht in den Vatikan.**

**Rom, 8. April.** Der österreichische Kanzler Kenner, der zu einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Nitti in Rom weilte, hatte einen Besuch im Vatikan angekündigt. Während man ihn dort erwartete, erschien der österreichische Geschäftsträger, um den Besuch abzusagen.

**Unruhen in Italien.**

**Mailand, 8. April.** Laut „Secolo“ sind bei einem Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Streikenden in Modena 10 Personen getötet, 40 verletzt worden. In Decima wurden von den Aufständigen, die das Rathaus stürmen wollten, 4 getötet, 47 verletzt. — In Bari besaßen etwa 10000 Landarbeiter Land und blühten in die Domänen ein. Sie wurden von den Truppen umzingelt. — Der „Avanti“ schreibt, die sozialistische Parteileitung fordere das Proletariat auf, zu einer einheitlichen Tat sich bereit zu halten. Es gelte, die bürgerliche Reaktion zu zerschmettern und die kapitalistische Regierung niederzuschlagen.

**Lissabon, 8. April.** Der Kriegszustand Portugals mit Deutschland wurde für beendet erklärt.

**Die Lage im Ruhrgebiet.**

**Essen, 8. April.** Das Zentrumsblatt „Eisener Volksgenossin“ macht die Reichsregierung für die Schäden im Ruhrgebiet verantwortlich, da sie zu lange geögert habe. Alle anhängigen Menschen im Industriebezirk haben es satt, sich von Exzessieren, Räubern und Mördern oder von Opportunisten beherrscht zu lassen. Die roten Truppen und ebensoviele die Volksgenossen und der sogenannte Zentralrat haben sich um das Vielesfelder Wohlkommen nicht gekümmert.

Am Mittwoch früh wurden 212 bewaffnete Plünderer festgenommen und dem Zivilkommisär zur Verfügung gestellt. Der durch Plünderungen verursachte Schaden beträgt in Essen 8 Millionen, in Oberhausen 4 Millionen.

**Rücktritt Wangenheim.**

**Berlin, 8. April.** Friedrich v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, hat nach den von der Reichsregierung erhaltenen Nachrichten sein Amt als Vorsitzender der Sommersicher Landwirtschaftskammer niedergelegt. Strik der Metallarbeiter in Belgien.

**Püttich, 8. April.** Die Metallarbeiter sind gestern in den Streik getreten. Der Streik scheint große Ausdehnung nehmen zu wollen. Es streiken bereits 10000 Mann, die die Einführung des Achtstundentags verlangen.

**Der Islam in Indien.**

**London, 8. April.** Nachrichten aus Britisch-Indien berichten, daß die Mohammedaner ihre Klagen gegen die Auflösung der Türkei fortsetzen und dabei die Unterstützung des Hindus haben. Die Werbung ist über ganz Indien verbreitet und hat sich auch nach Siam und die nördlichen Staaten erstreckt.

## Eserfrucht.

Aus Furcht geknüpftes Friedensband hat nimmer auf der Welt Bestand.

## Bermischtes.

**Beseidene Geselligkeit.** In Schöneberg-Berlin war kürzlich im Rathaus eine Aufstellung „einfacher Genossen“ zu sehen, in der auch eine Anzahl geschmackvoll gebackener Tische gezeigt werden, um Beispiele einer „Geselligkeit mit bescheidenen Mitteln“ zu zeigen. Die „Genossen“, die darüber berichtet, schreibt dazu: Daß wir in unserem verarmten Land wieder bescheiden werden müssen, ist eine Binsenwahrheit. Aber daß unter solcher Armut die Geselligkeit nicht zu leiden braucht, ja daß sie gerade in solchen beschränkten Formen am reichsten auszubilden vermag, das ist eine Tatsache, auf die wir uns erst wieder besinnen müssen. Und doch lehrt das Beispiel der Vergangenheit, daß niemals in der deutschen Kultur die Innigkeit und Feinheit des gesellschaftlichen Zusammenlebens so groß war, als in jenen Tagen, da das Leben sich in den bescheidensten Formen bewegte und die politische Gestaltung Deutschlands sehr gering war. Der Baseler Philosoph Karl Joel hat in seinem kurz vor dem Krieg erschienenen, aber heute erst so recht aktuell gewordenen Buch „Antibarbarus“, in dem er der nunmehr zusammengebrochenen früheren Gesellschaftsordnung einen ersten Spiegel vorbildet, betont, daß ein Hochstand der Literatur und Kultur stets mit einem Hochstand der gesellschaftlichen Lebens verbunden ist. So fällt auch bei uns in der Blüte der Gesellschaft mit der Blüte der Dichtung zusammen. Die deutschen „Salons“, die zu Ende des 18. Jahrhunderts in Weimar und Berlin, aber ebenso auch in Münster oder Königsberg, in Stuttgart oder Karlsruhe, Tübingen, Heidelberg, Freiburg usw. entstanden und zum

## Einberufung der Nationalversammlung.

**Berlin, 8. April.** Infolge der durch die Besetzung von Frankfurt a. Main usw. eingetretenen Verhältnisse ist die Nationalversammlung auf Montag, den 12. April, nachmittags 3 Uhr, zu einer Sitzung zusammenberufen worden.

**Reichsregierung und Gewerkschaften.**

**Berlin, 8. April.** Bei den gestrigen Verhandlungen der Regierung mit den Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien hat sich die Reichsregierung nach einer Erklärung des Gewerkschaftsbunds verpflichtet, die Truppen, wenn irgend möglich, aus dem Ruhrgebiet zurückzuführen und diejenigen Truppenteile, die irgendwelche Ausschreitungen begangen hätten, unverzüglich zu entfernen. Die Ruhelinie soll nicht überschritten werden. Die gleichen Anordnungen habe der Zivilkommisär Severing getroffen. Die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände im ganzen Reich sei vom Reichswehrminister Ehler bereits angeordnet. Die Einwohnereinheiten sollen nach den Forderungen der Arbeiter umgebildet werden. Gegen die Haftentlassung der Offiziere in Wilhelmshaven und Altenburg durch Entscheidung des Reichsmilitärgerichts werden keine Einwendungen seitens der Gewerkschaften erhoben. Mutation soll an gegenrevolutionäre Truppen nicht gestiftet werden. Die Reichsregierung pflichtet der Auffassung der Arbeitervertreter über die Zusammensetzung der Sicherheitsverbände bei; in diesem Sinne sind bereits Verhandlungen mit der preussischen Regierung eingeleitet. — Der „Vorwärts“ bemerkt zu dem Blommen, die Erklärungen des Reichswehrministers seien als ein Zeichen des guten Willens aufzufassen, den berechtigtesten Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzukommen.

**Gen.-railstreik.**

**Berlin, 8. April.** Wie dem „Volksanz.“ aus Flensburg gemeldet wird, herrscht in Dadersleben Generalstreik für sämtliche Betriebe. Die Arbeiter verlangen die Einführung der dänischen Kronemwährung, da sie bei der jetzigen Weise, in Kronen zu bezahlen und in Mark zu verdienen, nicht leben könnten.

**Auslieferung der letzten Schiffe.**

**Bremen, 8. April.** In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrags ist mit der Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe begonnen worden. Der erste Schleppzug, bestehend aus dem Linienschiff „Wassgaur“ als Schlepper und dem Linienschiff „Ostfriesland“ als Schleppschiff, ist gestern früh im Friedrichshafen (Schottland) eingetroffen. Die Ueberführungsmannschaften treten mit dem Dampfer „Rügen“ die Heimreise an.

**Es fängt gut an!**

**Berlin, 8. April.** Zur Feststellung, wie weit die Franzosen ihre Vorposten vorgeschoben haben, wurden gestern in der Richtung von Oberwiesenthal (Oberheffen) drei deutsche Offizierspatrouillen vorgeschickt. Die mittlere unter Leutnant Graf Kallweit blieb bei Niederwiesenthal auf französische Posten, die den Bahndamm besetzt hatten. Graf Kallweit wünschte den französischen Offizier zu sprechen. Köpfig sprangen die Franzosen vom Bahndamm auf die Straße, wodurch das Pferd Kallweins scheute und rückwärts davonlief (!). Die Franzosen sandten ihm 12 bis 15 Schüsse nach. Die Patrouille machte sofort kehrt und ritt auf Oberwiesenthal zurück. Hierbei wurde Kallweit durch zwei Schüsse tödlich verletzt. (Der Bericht ist nicht recht verständlich; es scheint aber eine unerhörte Brutalität der Franzosen vorzuliegen. D. Schr.)

**Frankfurt a. M., 8. April.** Nach französischer Darstellung entstand der Zwischenfall von gestern dadurch,

daß eine Menschenmenge gegen die von schwarzen Soldaten besetzte Hauptwache drängte. Der französische Offizier forderte zum Zurückgehen auf, aber er war bald von Menschen umgeben und verschwand, da er von sehr kleiner Gestalt ist. Die Wache glaubte, er sei zu Boden geschlagen worden und gab Feuer, wodurch 6 Personen getötet und 35 verwundet wurden.

**Paris, 8. April.** Havas meldet aus Mainz, daß die zweite Marinebrigade (Erhard) von Stettin nach dem Ruhr-Gebiet unterwegs sei. (?)

Die französische Ueberwachungskommission hat am 6. April in Duisburg eine vollständige Batterie des Reichswehrregiments Nr. 62 vorgefunden, das bereits vor 6 Wochen durch die deutsche Regierung als aufgelöst gemeldet worden war.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 9. April 1920.

**Ermordet wurden zu Betriebssekretären bei ihren jetzigen Dienststellen die Eisenbahnassistenten Karl Bismuth, Ragold, Kraft in Ragold und Rausle in Dord.**

\* **Bestätigt wurde die Wahl des Mühlbauers und Gemeinderats Christian Seeger in Ruch zum Ortsvorsteher der Gemeinde Ruch.**

**Militär. Renten.** Der Empfänger von Landmilitärversorgungsgeldern R und H hat zwar den R Empfänger ohne Ausnahme und den H Empfänger, soweit es sich um Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterklasse handelt, für April 1920 außer den laufend zahlbaren Versorgungsgeldern als einmalige Teurerhebung beihilfe der doppelte Monatsbetrag dieser Gelder zu zahlen. Die Auszahlung erfolgt als bald durch die Postanstalten. Ueber die Beihilfe hat jeder Empfänger eine besondere Quittung auf den Bordruck zu laufendem R und H Zahlungen (ohne Auszahlung der Versicherungen) beizubringen.

\* **Der Kampf um die deutsche Zukunft.** Ueber dieses Thema sprach gestern Abend Hr. Mathilde Bland-Stuttgart von der Deutsch-demokratischen Partei im Saal des Grünen Baum hier. Der Vortrag, der von dem Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Gg. Schneider, eingeleitet wurde, wobei er auf den ersten Augenblick, den anler deutsches Vaterland darstellt, hinwies, war sehr gut besucht. Hr. Bland sprach weniger von Parteipolitik, sondern suchte den Weg zu zeigen, der Deutschland wieder in die Höhe führt. Der Kampf mit den Waffen, der unser Volk um Sein oder Nichtsein zu führen hätte, sei nur ein Teil des Kampfes gewesen. Der größere Kampf stehe mit geistigen Waffen noch bevor. Die Rednerin kam auf das wahnsinnige Vorgehen Rapps und Genossen zu sprechen und auf die Gefahr, welche von links folge, den Schaden und die Gefahren hervorhebend, den beide Vorgänge nach sich ziehen. Unverständlich sei, daß man in Deutschland das auf einer niedrigeren Kulturstufe stehende Rußland zum Vorbild nehme, obwohl man doch das Gleichgewicht in das Ausland durch die Rätewirtschaft und den Bolschewismus hineingestürzt worden sei. Es sei unverständlich, wie der Deutsche mit seiner guten Schulbildung ein solch politisches Kind sei, sich von diesen Ideen anstecken zu lassen. Der Mangel an politischer Klugheit sei bei unserem Volk besonders groß. Die Rednerin betonte, wie die Freiheitskämpfe die politischen Gegensätze schärf, wie Kriegsgewinn u. Schlichterum die Gegensätze vergrößerten und dieses und der wilde Handel einen so unheilvollen Einfluß, so nachteilige Folgen für unser Volk habe. Besonders leide derjenige Teil des Volkes unter den jetzigen Verhältnissen, dem es unmöglich sei, seine Einkünfte und seinen Besitz ent-

gegenstände in Rom bereits früh darauf war, wenn sie zum Tee Gebäck geben konnte. Die materiellen Genüsse wurden freilich reichlich aufgewogen durch die glänzende Unterhaltungsreise ihres Gatten, der einen ganzen großen Kreis zu fesseln mußte. Damals vor 100 Jahren erlebte auch nach einem Worte Dickens die glänzendste Epoche der Berliner Gesellschaft. „Die Gesellschaft wurde zu einer verfeinerten Kunst, wie seitdem nie wieder in Deutschland.“ sagte Treitschke.

ep. **Taunelgeiß.** Wohin soll es mit unserem Volk noch kommen! — Geld und Vergnügen! — das erfüllt Sinne und Gedanken von Millionen fast noch als das Einzige. Und zwar Geld, nicht bloß erworben auf Grund edlicher Arbeit im Schweiß des Angesichts, sondern eingenommen vielfach auf dunklen, eheilen Wegen. Wenn unser Volk sich noch länger so zerstreuen läßt vom Schiebergeiß, der Vorteile zu erraffen sucht um jeden Preis, wenn auch Mühe und Pöke dabei tief in Schmutz geraten, wenn die alte Unbesehidtheit des Beamten bräutig wird, wenn Uneigennützigkeit und Redlichkeit als Karrensache verlacht werden, dann gibt's für uns kein Aufwärts mehr, nur noch ein rasendes Niederwärts. Und Vergnügen — mitten in der furchtbaren Unsicherheit unserer Lage, unserer Wirtschaft und unserer Ernährung, und in der empörenden Schmach, die unsere Feinde und anhin, Vergnügen um Vergnügen! „Großes Tanzen“, „Miesen-Tanz-Fest“, „Großer öffentlicher Fastnachtsball“ — hat unser Volk seine Toten vergessen? Und soll das nicht für Tausende unseres Volkes alles sein, was sie an Lebensfreude kennen und erwarten? Ein Taunelgeiß hat unser Volk ergriffen. — wer weckt es auf? Wie wird das Erwachen sein? Jetzt sind die Zeiten so, daß auch solche Dinge mitten unter andern in allen Zeitungen stehen müssen. Es wäre ein Unrecht, wenn sie hier nicht gesagt werden würden aus Rücksicht auf — die allgemeine Gedankenlosigkeit. Aber dann sollen sie auch eindringen in die Gemüter und die Anwendung daraus gezogen werden. Dieser innerste Ungehör — das ist der Ungehör, den wir brauchen.

erstenmal der französischen Gesellschaftskultur etwas Überflüssiges an die Seite stellen, bildeben den Nährboden für jene wundervolle Anstaltuna der geistigen Kräfte, die unser Nationales Reichthum auszeichnet. Wir haben längst aufgehört, in dem großen Kant einen trockenen und verhöhlerten Sphärenraum zu sehen; wir wissen, daß Kant eine ebenso feine wie bescheidene Geselligkeit pflegte. Täglich versammelte er zum Mittagmahls bei einfacher Bürgertrost Freunde um sich, deren Zahl „zwischen der der Grazien (3) und der der Mufen“ (9) schwante. Kaufleute und Männer der Praxis waren seine liebsten Genossen und alles „unpolitische Austreten“ war ihm ein Grauel; er forderte, daß jeder nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich seine Bildung vollende, und empfahl zur Verfeinerung der Sitten dringend den Verkehr mit gebildeten Damen. Fichte verlangte für jede geistige Entwicklung „das feinere Betragen der großen Welt“ und schrieb einmal: „Was in der Gesellschaft entsteht, hat für die Praxis mehr Leben und Kraft als das, was in der Abgeschlossenheit erzeugt wird.“ Und zu Goethes einsamer Größe gehört als notwendige Ergänzung der wahrhaft großartig und doch in so schlichter Art sich abspielende Verlehrs, den er in seinem Haus am Frauenplan empfing. Für Gesellschaften schuf er die Festspiele und gesellige Wiedererweckte in seinen „Gesprächen“, deren Sammlung und heute ebensüchtig neben seinen Dichtungen steht, eine zugleich heilsame und gefällige Kunst der Unterhaltung, die stets das hohe Vorbild jeder Konversation bleiben wird. Der schwerblütige Idealist Schiller, von dem Goethe sagte, daß er „in der Gesellschaft immer bedeutend und anziehend zu sprechen“ wisse, bekennt: „Ich sehe oft Menschen bei mir, und zu meinem Wohlsein ist dies nötig.“ „Bei Ausgängen machen meine Mutterbrüdergesellschaften nicht“, berichtet er, und wirklich kann man sich nichts Bescheidenere denken als jene Abende um Schillers Tisch, bei denen seine Worte den Tee schenkte. Wie einfach es damals in den Gesellschaften zuging, zeigt auch die Erzählung Karoline v. Humboldts, die als

sprechend den jetzigen Verhältnissen zu vergrößern. Darin liegt eine große Gefahr. Deutschlands Zukunft muss nicht mehr in die Höhe, solange die krasse Ungleichheit besteht. Es ist Sache der geistigen Führer hier einzusetzen und den Anfang zu machen. Von der Sozialdemokratie müsse verlangt werden, daß sie den Gedanken der Arbeiterherrschaft aufgeben, denn sie habe bei den letzten Wahlen nur ein Drittel der Stimmen erhalten. Eine Verewaltung sei die allgemeine Einführung des Achtstundentags. Handwerker und Bauern gehen lassen und sie nicht nach ihrem Willen leiten wollen. Die Rednerin betonte die Notwendigkeit den wilden Handel aufzuheben. Bei den Menschen müsse eine neue Gesinnung einkehren und die Verantwortlichkeit dem Volk gegenüber geweckt werden. Daß dieses Gefühl gefehlt habe, sei die Ursache des Novemberunfalls gewesen. Wie wir den Krieg nach außen hatten, so haben wir jetzt den Krieg im Wirtschaftsleben. Die Rednerin schilderte die wahre Freiheit, die nicht Schrankenlosigkeit bedeute und sprach über Arbeits- und Berufspflicht in ihrer hohen Bedeutung. Außer dem, was wir zur Besserung beitragen können, seien wir von außen abhängig. Dies sollten auch die Leute von Reichs und Linken einsehen. Die Rednerin trat für die Schaffung eines neuen Bodenrechts unter Ausschluß der Spekulation ein und glaubt, daß bei der Einführung eines neuen Bodenrechts und einer neuen Berufsordnung die Verhältnisse sich bessern. Wenn es uns gelänge, einen neuen Geist im Volke einzubringen, so lassen kann sei unsere Zukunft gesichert. Reicher Beifall folgte den von idealem Geiste getragenen Ausführungen der Rednerin, welcher der Vorsitzende den Dank abstattete und dabei die Hoffnung ausdrückte, daß sie bald wieder zu uns sprechen möge. Nachdem noch aus der Mitte der Jugendgruppe das Wort ergriffen und sich sonst niemand zum Wort gemeldet hatte, schloß der Vorsitzende mit dem Dank an die Teilnehmer des Vortragsabends die Versammlung.

**Das Einkommensteuergesetz** ist jetzt in Kraft getreten. Daran sind bekanntlich u. a. die Arbeitgeber verpflichtet, bei der Lohnzahlung 10 vom Hundert des Arbeitslohns einzubehalten und für den Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzulösen und gleichzeitig durch Durchstreichen mit Tinte oder Ähnlichem zu entwerten. Die nähere Anordnung des Reichsfinanzministeriums ist indessen noch nicht ergangen, auch sind die Steuermarken und Steuerkarten noch nicht ausgegeben.

**Vom Arbeitsmarkt.** Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Februar 1920 berichtet das Reichsarbeitsblatt: Das erfreuliche Zeichen einer sich anbahnenden Besserung des Wirtschaftslebens waren im Februar die vom 23. Februar an verfahrenen Ueberwältigungen im Stein- und Kohlenbergbau. Wenn eine Auswirkung in der Betriebslage der einzelnen Industrien eintrifft, wird auch noch nicht in Erscheinung treten, so war damit doch immerhin ein erster Schritt auf dem Wege zur Erhöhung der Gesamtarbeitsleistung der deutschen Volkswirtschaft getan. Die Klagen über Kohlen- und Kohlenknappheit erfahren keine wesentliche Besserung, indessen bleiben schwere Störungen erspart. Die günstige Bitterung bot auf zahlreichen Arbeitsgebieten vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit, und selbst das Rückströmen der Kriegsgefangenen sowie die Schließung mehrerer staatlicher Eisenbahnwerkstätten blieben ohne nachteilige Wirkung. Nach den Mitteilungen von 33 Fachverbänden über die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder waren bei einer Gesamtmitgliedszahl von 4432870 im Berichtsmontat 19877 — 2,2 Proz. — außer Arbeit gegen 3,4 Proz. im Januar. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerblosen ist im Februar weiterhin wesentlich zurückgegangen. Nach den Berichten der Demobilisierungskommission gab es am 1. Februar 426340 Unterhaltungsabhängige (329070 männliche, 97270 weibliche) mit 280619 Familienangehörigen. Ihre Zahl betrug am 1. März noch 376979 (292338 männliche, 84640 weibliche) mit 350991 Familienangehörigen. Die Einstellung der Arbeitslosen zeigt ebenfalls einen Rückgang des Angebots.

**Wurstkonserven.** Der Kleinhandelspreis für Wurstkonserven aus ausländischem Material wurde auf 8,40 Mark das Pfund festgesetzt.

**Warnung.** Vor Altertumsjammern sollte jetzt jeder auf der Hut sein. Diese Sorte von Scheidewindeln ziehen jetzt von einem Haus zum andern, um möglichst billig alte, wertvolle Gegenstände, die, wie wohl wie lange, der Stolz des Hauses waren, anzukaufen. Der Weg dieser Gegenstände führt nicht etwa in unsere Museen oder sonst an eine Bildungsstätte, sondern in die Schmelze oder ins — Ausland.

**Der Papiergeldumlauf an Reichsbanknoten und Darlehensklassenscheinen** hat sich in der Zeit vom 16. bis 23. März um 1115,5 Millionen Mark erhöht und betrug 56299,6 Millionen Mark. Er dürfte inzwischen wieder etwas gesunken sein.

**Verkehr mit Futterrüben.** Der Verkehr mit Futterrüben, Mörrrüben, Stoppelrüben und Zuckerrunkeln wurde freigegeben.

**Lehrernachwuchs.** Kürzlich fanden die Aufnahmeprüfungen in die evangelischen Lehrerseminare statt. Von den 176 Prüflingen konnten wegen des Lehrerbienstandes nur 75 Schüler, das sind 42 Proz., Aufnahme finden.

**Engländerle, 7. April. (Jagdverpachtung).** Die Hefige Gemeindefagd, seitdem um 30 Mk. vergeben, erzielte bei diesjähriger Versteigerung auf 6 Jahre einen jährlichen Pachtzins von 2250 Mk. bei starker Beteiligung von Liebhabern. Der neue Pächter ist Wlth. Erhard hier.

**Calw, 8. März. (Treibriemenmarder).** In Algenberg haben drei Pforzheimer Arbeiter um einige tausend

Mk. Treibriemen gestohlen, bei deren Verhaftung wurde jedoch der größte Teil wieder beigebracht.

**Heidenbürg, 6. April. (Glockensammlung.)** Eine Glockensammlung hat hier 8531,26 Mk. ergeben. Durch frühere Stiftungen und den Erlös der alten Glocken sind noch rund 10000 Mk. vorhanden, so daß rund 18500 Mk. für die neuen Glocken zur Verfügung stehen.

**Horb, 8. März. (Holzverkauf.)** Die Stadtverwaltung stellt wieder Brennholz zur Verfügung der Stadtbevölkerung, allerdings zu dem außerordentlich hohen Preis von 100 Mk. für den Rm. Das Holz stammt zum größten Teil aus den Wäldern der Horber Stadtverwaltung, die eine gemeinnützige Stiftung ist und von dem man eine Verbilligung des Preises umso mehr erwarten konnte, als ihre Entnahmen aus den Holzverkäufen im laufenden Geschäftsjahr annähernd eine Million Mark betragen sollen. Die Einwohnerzahl von Horb ist über diese Tatsache sehr ungehalten.

**Horb, 8. April. (Der erzwungene Sonderzug.)** Am Ostermontag abend wollten 200 Personen einen Sonderzug zur Fahrt nach Rothweil-Tuttlingen erzwingen. Die Bahnbediensteten verweigerten die Erfüllung des unberechtigten Wunsches. Darauf sandten die Radfahrer ein Telegramm an die Generaldirektion, die antwortete, daß wenn 500 Personen Anspruch auf Weierbeförderung erheben, ein Sonderzug abgefahren werden könne. Der Bahnhofsvorstand stellte nun einen Sonderzug zusammen, trotzdem es nur 200 Reisende waren. Der Ertrag hatte aber Beach. In Sulz wurde die Maschine schadhast und mußte liegen bleiben.

**Stuttgart, 8. April. (Der Stadthaushalt.)** In der heutigen Sitzung des Gemeinderats wurde ein interessantes Bild der städtischen Finanzlage gegeben. Der Schlachtthof weist wieder einen Abmangel von 1 Million auf, es wird daher eine abermalige Erhöhung der Gebührensätze um 150 Prozent vorgeschlagen. Die Beibrattungsgebühren und Gräberpreise sollen verdoppelt werden. Aus dem Rechnungsjahr 1918-19 ist ein Restvermögen von 7 1/2 Millionen geblieben, von dem inzwischen allerdings rund 4 1/2 Millionen verbraucht sind. Auch das Rechnungsjahr 1919-20 ist noch verhältnismäßig günstig, dank der Gemeindefinanzlage, die rund 24 1/2 Millionen erbrachte. Die Ausgaben haben sich nun aber lawinenartig gesteigert: 1900: 12, 1904: 16, 1905: 21, 1910: 34, 1913: 43, 1915: 44, 1918: 63 und 1919: 111 Millionen. Für 1919 sind aus Steuereinnahmen 46,8 Millionen veranschlagt. Die Zahl der ständig Angestellten beträgt 1920: 2180 (1914: 1961), der unsändig Angestellten 1163 (297), der Arbeiter 2854 (1854); der Aufwand dafür jetzt 52,9 Millionen, ein Betrag, der sich für das neue Rechnungsjahr auf 80 Millionen erhöhen dürfte. Die Gesamtausgaben für das Rechnungsjahr 1920 werden auf 250 Millionen veranschlagt.

**Musberg, 8. April. (Kriegerdenkmal.)** Am Osterfest wurde eine 2 Meter hohe und ebenso breite Gedenktafel mit den 39 Namen der von hier gefallenen Kriegsteilnehmer in einer schlichten Feier enthüllt. In beiden Seiten der Tafel, die über dem Chorbogen in der Kirche angebracht ist, werden dasende Gemälde angebracht. Das Denkmal ehrt die Gefallenen von Musberg und Oberreichen.

**Stuttgart, 8. April. (Die Zwangsmaßnahmen zur Erhöhung der Milchlieferung.)** Auf eine Anfrage des Bauernbundes wegen Zwangsmaßnahmen der Landesversorgungsstelle gegen Gemeinden und Landwirte zur Erhöhung der Milchlieferung hat das württ. Ernährungsministerium erwidert: Die Schließung der Zentrifugen ist eine Maßnahme, die in allen Gemeinden, wo Frischmilch und nicht Butter zu liefern ist, zur Sicherung der Milchabfuhr vorgesehen ist. Soll ausnahmsweise davon abgesehen werden, so muß eine Gewähr für die nachhaltige volle Lieferung verlangt werden.

**Stuttgart, 8. April. (Zur Wehkkontrolle.)** Im November d. J. wurden im Reichsbader Tal durch die Sicherheitskompanie 118 Jtr. Getreide und Mehl beschlagnahmt und mit Autos abgeführt. Die die „Schn. Tageszeitung“ berichtet, wurde die beschlagnahmte Ware in Waiblingen a. F. im Lager des kommunalverwalteten Stuttgarter-Amtes abgeladen. Jedoch es waren nur noch 34 Jtr. Die anderen 84 Jtr. waren verschwunden. Die Verbringenden, in der Hauptsache kleine Leute, die durch Lehrentesen in den Besitz der Frucht kamen, erhielten einige Wochen später, trotzdem in den mei a Fällen der Maßschein vorhanden war, nur noch etwa ein Drittel der Menge zurück. Weizenmehl und Kleie erhielten sie überhaupt nicht. Ebenso fehlten die zurzeit so wertvollen Säcke, die um kein Geld zu bekommen sind.

**Stuttgart, 8. April. (Mischehen.)** Mischehen, von denen der eine Teil katholisch war, wurden in Stuttgart geschlossen 1914: 621, 1915: 397, 1916: 436, 1917: 483, 1918: 515. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1919 betrug die Zahl dieser Mischehen schon etwa 550 und dürfte für das ganze Jahr rund 1000 ausmachen.

**Ehlingen, 8. April. (Eisenbahnunfall.)** Am Dienstag abend fiel zwischen Mettingen und Ehlingen ein junger Mann namens Emil Rau aus dem fahrenden Zug und erlitt einen doppelten Schädelbruch.

**Wödingen, 8. April. (Fliegeropfer.)** Bei Unterdrückung der Unruhen im Industriegebiet sind durch Abwurf mit dem Flugzeug tödlich verunglückt: Oberleutnant und Beobachter Albrecht Jäger, Zeitfreiwilliger-Leutnant und Flugzeugführer Günter Stöding, und Bizeleibweibel und Flugzeugführer Robert Wankmüller, sämtliche vom Reichswehrfliegerhorst Wödingen.

**Saulgau, 8. April. (Selbstmord.)** Ein Mann aus dem Pfungertal hatte an den Bauern Wegel in Reute bei Altschönen eine Turmmaschine verkauft. Der Kaufpreis war erledigt und die Maschine von dem Bauern nach Hause gebracht. Nach mehreren Wochen reute den Verkäufer das Geschäft und er hätte seine Maschine wieder gern gehabt. Der Bauer aber gab sie nicht wieder her. Eines Tages erschienen zehn Männer aus dem Pfungertal mit einem Gespann und holten die Maschine unter Androhung von Gewalt weg. Der Bauer mußte der Gewalt weichen; er rief jedoch seine Nachbarn zu Hilfe. Die 10 Männer wurden unterwegs angehalten, die Maschine wurde ihnen abgenommen und sie selbst derart verprügelt, daß sie am selben Tag nicht mehr an die Heimkehr denken konnten.

**Vöhrach, 8. April. (Blutbad.)** Der 30 Jahre alte ledige Albert Angele vom Kochstetterhof bei Metzenberg wurde von zwei Russen in seiner Wohnung durch Schüsse tödlich verwundet. Die Russen, die auch unbekannter Ursache auf alle in der Wohnung Anwesenden schossen, sind flüchtig.

**Grailsheim, 8. April. (Ein französischer Sonderzug mit Polen.)** Dieser Tage fuhr hier ein französischer Sonderzug durch, der 800 Polen aus der Gegend von Warschau nach Frankreich zum Wiederaufbau brachte. Die Leute machten einen höchst heruntergekommenen Eindruck und klagten über die Zustände in Polen sehr, wo neben großer Arbeitslosigkeit eine furchtbare Teuerung herrsche. Ein Pfund Zucker koste 150 Mk., ein Pfund Fleisch etwa 300 Mk. und ein Pfund Schwarzbrot 5 Mk. In Frankreich erhalten die Leute 18 Franken Tageslohn.

**Vermischtes.**

**Roske als Schriftsteller.** Wie die Berliner „Freiheit“ (Nachh.) mitteilt, ist der frühere Reichswehrminister Roske von dem Herbig-Verlag in Neunork gegen ein Schriftsteller-Honorar von 1 Million Mk. verpflichtet worden, eine Reihe von Artikeln für die Zeitungen des Verlags zu schreiben.

**Wahlziffermässigkeit.** Der Vorstand des sozialdemokratischen Kreiswahlvereins Potsdam-Spandau-Osthavelland und Ruppin hat die Erhebung einer Wohlsteuer für die Reichstagswahl für die Parteigenossen beschlossen. Die Steuer beträgt bei einem Einkommen bis 5000 Mk. 5 Mk., bis 7000 Mk. 7 Mk., bis 10000 Mk. 10 Mk., bis 12000 Mk. 20 Mk., bis 15000 Mk. 30 Mk., bis 20000 Mk. 50 Mk., über 20000 Mk. mindestens 75 Mk.

**Glück im Stall.** Bei dem Bauern Wilhelm Schiller in Uplingen bei Urach brach eine Kuh drei Kübber zur Welt, die recht munter sind.

**Der Mangel an Düngemitteln.** Im „Durlacher Tagblatt“ findet sich folgende Anzeig: Jauche wird abgeholt gegen Lebensmittel. In erfragen usw.

**Ein Lump.** Der 20jährige „Kaufmann“ Max Steiner in Berlin erschwand unter dem Vorgeben, er habe billigen Kasak aus Holland zu verkaufen, durch Vorzeigung gefälschter Frachtbriele von zwei Berliner Geschäften zusammen 1729000 Mark. Von dem Geld hat der Lump in wenigen Wochen 700000 Mk. in luxuriger Gesellschaft verpraßt. 1 Million konnte noch bei einer Bank aufgefunden werden.

**Letzte Nachrichten.**

**BZB, Berlin, 8. April.** Das preussische Staatsministerium hat heute beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung sind die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen worden.

**BZB, Berlin, 8. April.** Der Reichsminister des Innern hat den deutschen Landesregierungen die gestern veröffentlichte Note des Generals Roslet über die Einwohnerwehren mitgeteilt und folgendes hinzugefügt: Wenn auch die Ausführungen der Note, die von dem militärischen Charakter der Einwohnerwehren sprechen, zum größten Teil auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhen, so sieht sich die Reichsregierung zu ihrem Bedauern doch nach Lage der Verhältnisse gezwungen, vor erneuten aussichtslosen Gegenverstellungen abzusehen und die Regierungen der Länder zu ersuchen, die Ausführung des Verlangens alsbald in die Wege zu leiten. Andererseits muß anerkannt werden, daß die Verhältnisse sich infolge der letzten Ereignisse vielerorts so verschärft haben, daß es heute mehr denn je unmöglich ist, der Bevölkerung den Selbstschutz zu verweigern. Auch dürfte in den Städten die Rücksicht auf die großen vorhandenen öffentlichen Vorräte und wirtschaftlichen Werte, sowie auf dem Lande die Sorge für die Erhaltung der Nahrungsmittel zu der Prüfung nötigen, wie die erforderliche Sicherheit gewährleistet werden kann. Es wird deshalb anheim gegeben, dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgame nicht gegeben ist, gleichzeitig für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Anschein vermieden wird, der auf Verletzung der in dem Schreiben des Generals Roslet angeführten Bestimmungen des Friedensvertrags schließen lassen könnte. Insbesondere ist die Bewaffnung mit Militärgewehren, die nach dem Friedensvertrag abzulefern sind, unzulässig und es ist auf eine andere Art der Bewaffnung Bedacht zu nehmen. Jede militärische Übung ist unter allen Umständen zu unterlassen. Auf eine erweiterte Zusicherung aus den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung wird, wo dies bisher nicht geschehen ist, besonders Bedacht zu nehmen sein.

**Nutzenmäßliches Wetter.**

Der Hochdruck verspricht keine Dauer. Im Westen zeigen sich neue Störungen. Am Samstag und Sonntag ist mäßig kühles und veränderliches Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf. Druck und Verlag der W. Mefferich'schen Buchdruckerei, Altenfeld.

Walldorf  
Oberamt Nagold.  
**Stangenverkauf.**

Am nächsten Montag, den 12. ds. Mts., mittags  
1 Uhr kommen auf dem hiesigen Rathaus im öffentlichen  
Ausschreib zum Verkauf:

**Bauhingen: Ia 96 Stück, Ib 59 Stück,  
II 41 Stück.**

Ferner kommen zum Verkauf 15 Eichen im Gesamt-  
mehgehalt von ca. 2 Ffm.

Liebhaber sind eingeladen.  
Den 8. April 1920.

Schulth.-Amt:  
Rentschler.



Altensteig.  
Empfehle mein  
Lager in:

**Hüten  
und  
Mützen**

in den neuesten  
Fassonen und  
Farben in gro-  
ßer Auswahl

Karl Walz, Hat- u. Mützengeschäft

**Gummi-Hosenträger**

empfehlen wir der Obige.

Als  
**Konfirmations-  
Geschenke**

empfehlen wir:

- |                   |                          |
|-------------------|--------------------------|
| Fotografie-Album  | Füllfederhalter          |
| Postkarten-Album  | Bleistifte in Etuis      |
| Poesie-Album      | Briefpapiere             |
| Schreib-Album     | in Packungen             |
| Tagebücher        | Vergiftmeinnichte        |
| Notizbücher       | Poesie-Bücher            |
| Brieftaschen      | Gesangbücher             |
| Papiergeldtaschen | Gesangbuch-<br>Täschchen |
| Schreibunterlagen | Bücher                   |
| Schreibmappen     | in reicher Auswahl       |

**W. Rieker'sche Buchh.**

Altensteig.

Altensteig.  
**Brautpaare**

kaufen

Korbwaren, Haushaltsgegenstände,  
Küchengerätschaften, Bürsten u., sowie  
Glas-, Porzellan-, Steingut- und  
Steinzeugwaren

für Küche und Haushalt vorteilhaft bei

**C. W. Lutz** Nachfolger  
Fritz Bühler jr.

**Hochzeits-Scherzartikel**

in größter Auswahl stets vorrätig bei  
Obigem.

Altensteig.  
**Farben**

zum Färben von  
Stoffen in

schwarz  
dunkelgrün  
dunkelrot  
feldgrau  
dunkelblau  
dunkelbraun  
empfiehlt

Karl Henssler sen.  
Eisenwarenhandlung.

Nagold.

**Fleischränder  
Süßenpumpen  
Brückenwagen  
Kartoffelquetschen**

empfiehlt  
Johannes Werner  
Telefon 111.

Altensteig.

Es ist festgestellt wor-  
den, daß von unserem  
Holzplatz wiederholt

**Bretter  
abhanden  
gekommen**

sind. Um zweckdienliche  
Mitteilung an uns über  
den Verbleib der Ware  
wird höflich gebeten.  
Gute Belohnung  
zugestimmt.  
Gebrüder Lhenrer.

Altensteig.

Eine Auswahl sehr  
solide

**Kochherde**

hat billig zu verkaufen  
Lorenz Luz jr.

Bis zu 8 Jtr. prima ewig  
**Kleehen**

sowie bis zu 12 Jtr. gut ein-  
gebrachtes

**Wiesenheu  
n. Dehmd**

hat zu verkaufen  
wer? sagt d. Geschäftsstelle  
ds. Blattes.

Altensteig.

Junger Arbeiter sucht  
einfaches

**Zimmer.**

Wer? sagt die Expd. ds. Bl.

**Karbo-  
lineum**

empfiehlt  
Schwarzwald-Drogerie  
Altensteig  
Telefon 41.

Turnverein  
Altensteig  
Gut Heil!

Am Samstag Abend  
8 Uhr

**Monats-  
Versammlung**

im Lokal.

Vollständiges Erscheinen er-  
wartet  
der Vorstand.

**Gefunden**

wurde ein

**Vortemonnaie.**

Abzuholen bei  
Hammer, Turnvereinsge.

**Verloren**

**Geldbeutel**

samt Inhalt. Bitte gegen  
Belohnung abgegeben in der  
Expd. ds. Bl.

**Verloren**

in der Rosenstr. ein grün-  
gelber **Leppich**. Abzugeben  
gegen Belohnung bei  
Schuhmann Pachtmann.

**Bereitschafts-  
Dienst**

am nächsten Sonntag

**Dr. Rich. Vogel**  
beim Waldhorn  
Telefon Nr. 12.

**Mädchen**

gesucht für 1. Mal ein fleiß.,  
reines, das auch etwas Garten-  
arbeit versteht. Kochen nicht  
unbedingt erforderlich.

Anträge mit Zeugnisse an  
Frau Forstmeisterin Schuler  
Forstb. Hirzau bei Calw.

Altensteig.

Gesucht wird in Nähe  
jüngeres

**Mädchen**

zur Beihilfe im Haushalt,  
tagsüber oder nur vormittags.  
Von wem? — sagt die Ex-  
pedition ds. Bl.

Altensteig.

Ein Paar neue  
**Rohrstiefel**

Nr. 45, hat zu verkaufen  
wer? — sagt ds. Exp. d. Bl.

Wegen Aufgabe des Fla-  
schenblechhandels habe ich noch  
ca. 50 zum Teil noch nicht  
gebrauchte

**Flaschen**

abzugeben, per Stück 3 Mk.  
Gottf. Burghardt  
Epielberg.

Altensteig.

Von heute an ist

**Gemüse, Spinat,  
Lattich, Kresslich,  
und Kopf-Salat**

zu haben bei  
L. Walz, Gärtner  
Ob- u. Gemüsehandlung.

**Die Ersatzwahl eines  
geistlichen Abgeordneten  
zur Landeskirchenversammlung**

für die Kirchenbezirke Nagold-Heerrenberg

findet in allen evangelischen Gemeinden des Bezirks am

**Sonntag, den 25. April**

im Anschluß an den Hauptgottesdienst statt.

Wählbar zum geistlichen Abgeordneten sind ordinierte  
Geistliche, welche im Dienst der Landeskirche geistliche Auf-  
gaben wahrnehmen und im Besitz des Stimmrechts nach  
Art. 3 des Kirchlichen Gesetzes betr. die Einberufung einer  
Landeskirchenversammlung sind.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 25-jährigen, ge-  
schäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der  
evangelischen Landeskirche, welche in Württemberg ihren  
Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben und nicht nach  
Art. 18 und Art. 50 Abs. 3 des evangelischen Kirchen-  
meingesezes an der Ausübung des kirchlichen Wahlrechts  
verhindert sind.

Die Abstimmung erfolgt auf Grund einer in jeder Kir-  
chengemeinde aufzustellenden Wählerliste, welche 6 Tage  
lang zur Einsichtnahme durch die Kirchengemeindeglieder  
ausliegt. Deutlichster Termin der Auslegung 11.—17. April.  
Während der Auslegung der Wählerliste ist jeder Wahlbe-  
rechtigte befugt, wegen Nichtaufnahme oder unbegründeter  
Aufnahme einzelner Personen in die Wählerliste schriftl. ob-  
mündl. beim Ortswahlprüfungsausschuß Einspruch zu erheben. Zug-  
lassen zur Stimmabgabe werden nur solche Wähler, welche  
in die Wählerliste aufgenommen sind. Es liegt daher im  
Interesse jedes Wählers, sich zu vergewissern, ob sein Name  
mehr aufgenommen worden ist.

Die Kirchengemeindeglieder werden zu zahlreicher Be-  
teiligung an der Wahl eingeladen.

Nagold, 30. März 1920.

**Der Diözesan-Ausschuß:**

Dejan Otto. Pfarrer Sigwart. Schultheiß Reza.

**Blühende Topf-Pflanzen**

zu Konfirmationsgeschenken geeignet, sind  
von heute an zu haben bei

L. Walz, Gärtner.

**Gesang-  
Bücher**

in solider Ausführung und reicher Auswahl  
empfiehlt für Konfirmanden die

**W. Rieker'sche Buchhdlg.**

Altensteig.

Altensteig.  
**Marmelade**

empfiehlt

Paul Beck.

Altensteig.

1 Paar Box-Kalif

**Damen-  
Schnürstiefel**

Nr. 38, gut erhalten, sehr  
dem Verkauf aus, weil zu  
klein

wer? sagt die Expd. ds. Bl.

Tüchtiger

**Säger**

findet dauernde Beschäftig-  
ung bei

Wörner,

Sägerwerk, Wildberg.

**20—25000 Mk.**

hat gegen erste Hypothek

auszuleihen.

Zu erst. b. d. Red. d. Bl.

**Bernert.**

Zwei gut erhaltene

**Fahrräder**

mit neuer Gummibereifung

verkauft

Joh. Burker

beim Rathaus.

\*\*\*\*\*

**Verlobungskarten**

und

**Hochzeitskarten**

fertigt schnell und sauber die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

